
Das Werk Oskar Langes

Jiří Kosta

Der Name Oskar Langes wird im deutschsprachigen Raum meist nur mit seinem zweibändigen Lehrbuch der Politischen Ökonomie (Frankfurt a. M./Wien, o. J.), der bislang nicht übersetzten Studie »On the Economic Theory of Socialism« (Minneapolis 1938) und dem seinerzeit erschienenen Sammelband »Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft« (Wien 1964) verbunden. Es ist daher ein um so verdienstvolleres Unterfangen von Halina Jaroslawska (Universität Bremen), daß sie nun in deutscher Übersetzung eine Reihe hierzulande unbekannter Arbeiten zusammen mit der vielzitierten Arbeit zur ökonomischen Theorie des Sozialismus herausgegeben hat.* Um es gleich vorwegzunehmen: der interessierte Leser wird in diesem Buch eine Fülle tiefgehen-

der, anregender und vielfach auch neuartiger Gedanken und Informationen finden.

Der sinnvoll geordnete Band enthält vier aufeinanderfolgende Themenkreise: Der erste von ihnen umfaßt drei Aufsätze zur Frage der Bedeutung der marxistischen und der traditionell-westlichen Wirtschaftstheorie. Im folgenden Abschnitt (drei Studien) wird eine Analyse des amerikanischen Wirtschaftssystems mit ökonomischen und gesellschaftlichen Reformvorschlägen verknüpft. Die ökonomische Theorie des Sozialismus, ein kurzer Essay vom Jahre 1965 und schließlich ein konkretes, für westliche Industrieländer gedachtes Sozialismuskonzept bilden den Kernteil des Buchs. Den Band beschließen drei Aufsätze, in denen die Grundzüge und Reformdiskussionen osteuropäischer Planungssysteme — vor allem des sowjetischen und des polnischen — dargestellt werden.

Die Hauptgedanken des Aufsatzes *Marxsche Ökonomie und moderne Wirtschaftstheorie* (1935) heben als gravierenden Vorzug der Marxschen ökonomischen Theorie seine auf die soziologisch-institutionelle Analyse zurückzuführende Prognosefähigkeit hervor; dies habe sich in der Vorhersage der langfristigen Konzentrationsprozesse (»Akkumulationstheorie«) erwiesen. Die Überlegenheit dieser Theorie beruhe jedoch nicht »auf den von Marx verwendeten Kategorien«, insbesondere der Arbeitswertlehre. Hinsichtlich der Lösung von »Alltagsphänomenen einer kapitalistischen Wirtschaft« — etwa im Bereich der Preisbildungs- oder der Geldpolitik — muß jedoch die moderne »bürgerliche« (dieses Wort wird auch von Lange immer nur in Anführungszeichen gesetzt) Ökonomie herangezogen werden. Ansonsten wird auch für die Sozialismustheorie — ein Gedanke, der später

* Oskar Lange, *Ökonomisch-theoretische Studien*, herausgegeben von Halina Jaroslawska, mit einem Vorwort von W. Brus, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. — Köln 1977, 394 Seiten.

weiterentwickelt wird — die Bedeutung der neueren mikroökonomischen Analyse in bezug auf eine rationale Allokation der Ressourcen herausgestellt.

Eine wichtige Ergänzung unserer Kenntnisse über den Anfang der Wertgesetzdebatte in der Sowjetunion, die in der theoretischen Zeitschrift »Unter dem Banner des Marxismus« — vermutlich unter Mitwirkung Stalins (vgl. Alec Nove, *The Soviet Economy*, 3 d ed., London 1968, S. 303) — mit dem Artikel »Einige Fragen des Unterrichtes der politischen Ökonomie« eingeleitet wurde, enthält der Kurzaufsatz *Marxistische Ökonomie in der Sowjetunion* (1945). Lange unterstützt hier unter Rekurs auf Marx die bislang von der Sowjetökonomie abgelehnte, doch jetzt rehabilitierte These, das Wertgesetz gelte auch — wenngleich in eingeschränkter Weise — in einer sozialistischen Wirtschaft. Er unterscheidet dabei »zwischen der Werttheorie als einem Instrument zur Analyse der automatischen Prozesse des Marktes« — diesen Aspekt der Werttheorie lehnt er in Übereinstimmung mit den Sowjetökonomern ab — und »der Werttheorie als der Basis für die normativen Prinzipien der Wohlfahrtsökonomie«, die er in diesem Sinn akzeptiert (wobei diese Formulierung der »Anwendung des Wertgesetzes im Sozialismus« nicht unbedingt von der Sowjetunion gebilligt würde). So sehr der Autor die erste Abkehr der sowjetischen Theorie vom naturalwirtschaftlichen Dogmatismus begrüßt, so unzureichend ist sie für ihn, solange sie nicht vermittelt »einer Integration der Methoden und Techniken der Grenznutzenanalyse« eine »adäquate Anleitung für die Führung der sowjetischen Wirtschaft« zu schaffen vermag.

Der in Polen 1958 veröffentlichte Essay *Marxismus und bürgerliche Ökonomie* entwickelt nochmals das im ersten Aufsatz diskutierte Thema, setzt jedoch einige wichtige neue Akzente, die zweifellos durch die Erfahrung des Stalinismus und des polnischen Okto-

ber von 1956 geprägt sind. Was die Verwendbarkeit der neoklassischen Mikroökonomie für die sozialistische Planwirtschaft anlangt, spricht sich Lange für die Grenznutzenanalyse und das Instrumentarium der Differentialrechnung zur Lösung von Maximierungs- beziehungsweise Minimierungsproblemen aus; die entsprechenden »praxeologischen« Ansätze finden wir besonders in der Unternehmensbeziehungsweise Produktionstheorie (Lausanner Schule, Marshall u. a.). Gleichzeitig lehnt er jedoch die »hedonistischen« Ausgangspositionen der Nutzen- beziehungsweise Haushaltstheorie (Österreichische Schule, Pareto diesbezügliche Aussagen) entschieden ab. Die Kritik des Verfassers an der vom Stalinismus geprägten sowjetischen Theorie, die den Interessen der herrschenden Bürokratie entsprach, führte — wie Brus in seinem ausgezeichneten Vorwort zeigt — zu einem Gegenangriff der Orthodoxen gegen Lange und leider auch zu einer Abschwächung einiger kritischer Aussagen in einer späteren polnischen Fassung dieses Textes.

In den drei folgenden Studien, die sich auf Probleme der amerikanischen Wirtschaft beziehen, *Kapitalverluste als gesellschaftlicher Vorteil* (1937), *Preisflexibilität und Beschäftigung* (1944) und *Demokratisches Vollbeschäftigungsprogramm* (1941/43) wird in durchaus eigenständiger Weise eine der sozialistischen (keinesfalls marxistisch-orthodoxen) Tradition entsprechende gesellschaftskritische Grundposition mit sowohl neoklassischen als auch keynesianischen analytischen Ansätzen verbunden. Daraus ergibt sich eine Reihe von kurz- und langfristigen programmatischen Aussagen.

Hier einige der Hauptthesen in stark vereinfachter Form:

— Die Konzentrationstendenzen, die zu Oligopol- und Monopolpraktiken führen, können zwar im Hinblick auf das private Unternehmen rational sein, sie verletzen jedoch gravierend das Prinzip der volkswirt-

schaftlichen und gesellschaftlichen Rationalität.

- Preisflexibilität als notwendige Voraussetzung eines funktionstüchtigen Marktmechanismus, der ein gleichgewichtiges Wachstum und Vollbeschäftigung sicherstellt, kann nur unter Wettbewerbsbedingungen und bei einem entsprechenden Geldsystem positive Wirkungen zeitigen (dies war im Zeitraum zwischen den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts und 1914 in etwa der Fall, jedoch keinesfalls in den folgenden vier Jahrzehnten).
- In der gegenwärtigen Periode gehen vom Preismechanismus als zentralem Element der Selbstheilungskräfte des Marktes keine Impulse zugunsten des ökonomischen Gleichgewichts aus; im Interesse der Stabilität und der Vollbeschäftigung ist daher eine antimonopolistische Wettbewerbspolitik, öffentliche Ausgabenförderung und nicht zuletzt eine Sozialisierung bestimmter Wirtschaftszweige — insbesondere der Schlüssel- und Grundstoffindustrien sowie des Bankwesens — erforderlich.
- Ein öffentliches Ausgabenprogramm linkskeynesianischer Prägung (Förderung des Bildungs- und Gesundheitswesens, der sozialen und technischen Infrastruktur usw.) ist nur als »kompensatorische« Hilfsmaßnahme zu empfehlen, die nicht zur völligen Abhängigkeit vom Staat führen darf. Langfristig gilt es, eine »Reorganisation der Wirtschaft« zu initiieren, etwa durch verschärfte Antimonopolgesetze, mittels einer »Preis- und Produktionsregelung durch öffentliche Behörden« und durch »öffentliches Eigentum«.
- In Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Demokratisierungsprozeß in Gang zu setzen, der autoritäre Entscheidungsformen in den Betrieben durch Partizipation der Arbeiter, Angestellten und Konsumenten abzubauen verhilft, den freien Zu-

gang zur Gewerkschaftsorganisation ermöglicht und die Unabhängigkeit der Massenmedien gewährleistet.

Die bahnbrechende Studie »Zur ökonomischen Theorie des Sozialismus« (1936/37, neu herausgegeben 1938), die endlich in deutscher Sprache erscheint, wird nicht zu Unrecht als der wichtigste theoretische Vorläufer der osteuropäischen Reformliteratur betrachtet. Hier entwickelt Lange sein »sozialistisches Konkurrenzmodell«, demzufolge die Konsumgüterverteilung und die Allokation der Arbeitskräfte — in beiden Bereichen auf Grund freier Wahl der Individuen — marktmäßig erfolgt, während der Produktionsgüterallokation mittels eines Quasi-Marktmechanismus gelenkt wird. Im ersten Fall (Konsumgüterwahl, Wahl des Berufs und Arbeitsplatzes) geht es um eine dezentrale Preisbildung und um autonome Entscheidungsprozesse auf Grund von Nutzen-Kosten-Erwägungen, im zweiten Fall (Produktionsmittelallokation) um die zentrale Festlegung von Gleichgewichtspreisen und konkurrenzähnlichen Spielregeln (Wahl der Produktionsmethode, bei der die Durchschnittskosten minimiert sind; Festlegung des Produktionsumfangs, bei dem Grenzkosten gleich sind dem Produktpreis). Im Unterschied zum Kapitalismus impliziert dieses System nach Lange eine sozialistische Einkommensverteilung ohne Klassenprivilegien (selbst wenn keinesfalls absoluter Gleichheit das Wort geredet wird) und trägt auch dem gesamtgesellschaftlichen Kosten-Ertrags-Kalkül besser Rechnung.

In einem Anhang zu diesem Aufsatz referiert der Autor über die Auffassungen von Marx und Engels, besonders aber von Karl Kautsky, zu der Alternative der naturalwirtschaftlichen oder der geldwirtschaftlichen Ressourcenallokation im Sozialismus. Er schließt sich dem Plädoyer Kautskys (Die Soziale Revolution, Berlin 1902; Die proletarische Revolution und ihr

Programm, Berlin 1922) für eine monetäre Lenkungsform an, wobei er seine Argumentation durch Aussagen von Lenin, Trotzki und Stalin zur »niedereren, sozialistischen Phase des Kommunismus« zu untermauern bemüht ist.

Im Beitrag »Computer und Markt« (1965) versucht Oskar Lange seine dreißig Jahre alten Thesen zur Rolle des Marktes, den er nach wie vor wegen seiner immensen Arbeitskapazität und seiner Qualität als gesellschaftlich-interessenbezogener Institution für unersetzbar hält, zu ergänzen. Andererseits räumt er ein, daß langfristige Investitionsentscheidungen dem Wirkungsbereich des Marktmechanismus zu entziehen seien, hier — im Bereich der langfristigen Optimalplanung — hätte die mathematische Programmierung, unterstützt vom Computer, ihren gebührenden Platz, den der Markt niemals einzunehmen imstande war.

Nicht so sehr wegen seiner wirtschaftstheoretischen, als vielmehr kraft seiner gesellschaftspolitischen Brisanz ist dem Artikel »Was ich unter Sozialismus verstehe« (1940) besonderes Gewicht beizumessen. Er enthält die folgende entschiedene Absage an das sowjetische Sozialismusmodell: »Ohne demokratische Praxis und Kontrolle ist politische Macht nichts als ein Privileg, das jenen wirtschaftliche Vorteile verschafft, die im Besitz der politischen Macht sind. Diesen Punkt haben die Sozialisten stets gegen alle aristokratischen (etwa den Tory-»Sozialismus«) und bürokratischen (den Staats-»Sozialismus«) »Sozialismen« ins Feld geführt, die industrielle und wirtschaftliche Demokratie versprochen, aber gleichzeitig die politische Macht als Monopol einer ausgewählten Gruppe erhalten wollten.

Mit derselben Argumentation traten die Sozialisten in jüngster Vergangenheit auch jenen Kommunisten entgegen, die glaubten, »die industrielle und wirtschaftliche Demokratie lasse sich errichten, wenn man eine einzige politische Partei mit unkontrollierten diktatorischen Machtbefugnissen ausstatte. Die tragische Erfahrung des sowjetischen Volkes hat die Richtigkeit der sozialistischen Auffassung nur zu klar bewiesen.« (S. 329)

Von geringerer Bedeutung als die vorhergehenden Beiträge sind die drei letzten Aufsätze (»Die Funktionsprinzipien der sowjetischen Wirtschaft« — 1944, »Wie ich mir Polens neues Wirtschaftsmodell vorstelle« — 1956, und »Probleme sozialistischer Planung« — 1965). Ungeachtet einiger interessanter Informationen und Überlegungen beeinträchtigt hier der »Geist der Zeit« — im ersten Aufsatz die Position der Sowjetunion als Partner im Krieg gegen den Faschismus, im dritten der partielle Rückzug des Demokratisierungsprozesses von 1956 in Polen — das kritische Engagement Oskar Langes.

Anstelle einer sich erübrigenden Gesamtwürdigung des bedeutsamen Sammelbandes sei das uns als zentral erscheinende Kredo des 1964 verstorbenen Sozialwissenschaftlers Oskar Lange zitiert: »Der Sozialismus wendet sich mit Nachdruck dagegen, daß die gesamte Produktion Staatsbesitz ist und von der Regierung gelenkt wird. Er tritt für öffentlichen Besitz und seine öffentliche Lenkung in all den Bereichen ein, wo dies zur Sicherung der Produktion im Dienste der Allgemeinheit notwendig ist, und zwar gelenkt durch demokratische Selbstverwaltungskörperschaften, die von der politischen Führung unabhängig sind.« (S. 332 f.)

Grundströmungen der Gesellschaftspolitik

Robert Schediwy

Die Besinnung auf Grundsatzfragen und enge Fachbereiche übergreifende Problemstellungen gehört zu den Herausforderungen unserer zur immer verstärkter Spezialisierung tendierenden Zeit. Gerade unter »Experten« trifft man dabei oftmals auf die Neigung, sich über ihr engeres Fachgebiet hinaus als unzuständig zu erklären.

Um so erfreulicher ist es, Hans Reithofer, der insbesondere in Fragen der öffentlichen Finanzen als Experte im solidesten Sinn anzusprechen ist, zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen fundiert Stellung beziehen zu sehen. Reithofers Buch: »Die ausgleichende Gesellschaft«* unternimmt es, die Grundströmungen der modernen Gesellschaftspolitik darzustellen, in ihrem Für und Wider und in ihren ökonomischen und metaökonomischen Implikationen abzuwägen sowie Aussagen über die entsprechenden Zukunftstendenzen zu machen. Seine schematische Übersicht über »gesellschaftspolitische Schwerpunkte« zu Anfang des Buches verdeutlicht bereits die grundsätzliche Methodik sowie die Stärken und Schwächen des

Werkes: Klarheit, Nüchternheit, Ausgewogenheit und einem weitgespannten Horizont der Darstellung stehen Tendenzen zur Überbetonung des taxonomischen Elements und eine gewisse bereits vorgegebene Evidenz vieler Inhalte gegenüber. Auffällig ist außerdem, daß die Erörterung der Problematik der eigentlichen Träger von Gesellschaftspolitik, nämlich der politischen Parteien und Verbände, weitgehend ausgespart bleibt.

Wie ersichtlich geht Reithofer von einer idealtypischen Trias gesellschaftspolitischer Alternativen in den westlichen Industrieländern aus, die er allerdings in der Folge differenziert. Insbesondere nimmt er häufiger auf die sozialdemokratische Gesellschaftspolitik Bezug, »diejenige Unterform sozialistischer Gesellschaftspolitik, die der liberalen am nächsten steht« (S. 59), sowie auf christlich-demokratische Gesellschaftspolitik, in der er eine »Verbindung christlich-konservativer mit liberalen Zielsetzungen« (S. 66 f.) konstatiert.

Einem »grundsätzlichen Überblick« im ersten Teil des Werkes folgen dabei im zweiten Teil konkrete Untersuchungen der Zieldivergenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (hier sehr differenziert auf Fragen wie Machtausübung, Plan und Markt, Produktion, Beschäftigung, Vermögensverteilung) sowie in der Kultur- und Familienpolitik. Ein zukunftsbezogener dritter Teil schließt mit Überlegungen zu den »künftigen gesellschaftspolitischen Schwerpunkten« und mit Reithofers Vorstellung einer »ausgleichenden Gesellschaft«.

Der erste Teil enthält unter dem Titel »Kreislauf der Ideologien« auf S. 70 ff. die theoretisch vielleicht anspruchsvollsten und interessantesten Inhalte. Einer Darstellung der geläufigsten Varianten von Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus, bei der etwa auch katholische Soziallehre, Kommunismus und Neue Linke zur Sprache kommen, schließt Reithofer folgendes Theorem an: es bestehe

* Hans Reithofer, *Die ausgleichende Gesellschaft*, Europaverlag, Wien 1978.

Gesellschaftspolitische Schwerpunkte (schematische Übersicht)

	konservativ	liberal	sozialistisch
allgemeine Hauptziele	Sicherheit, Erhaltung des geschichtlich Gewordenen, Dauerhaftigkeit	Freiheit, Besitzsteigerung, Konkurrenz	Gleichheit der Lebenschancen und der Freiheit
politische Hauptziele	Autorität	Konkurrenz im politischen Sektor	Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche
wirtschaftliche Hauptziele	gemeinschaftsorientierte Wirtschaftsführung (insbesondere Gemeinschaft von Kapital und Arbeit)	private Vermögensbildung (insbesondere an Produktionsmitteln), private Wirtschaftsmacht	Wirtschaftsdemokratie (inklusive Stärkung der Lohnabhängigen gegenüber dem Kapital)
	Interventionismus Stabilität Fürsorge	Wettbewerb Wachstum Gewinn- und Leistungsorientierung	Planung Vollbeschäftigung gleichmäßigere Einkommensverteilung
kulturelle Hauptziele	organische Gesellschaft (Familie, Stand, Nation usw.)	Individualismus Rivalität	Solidarität insbesondere der Lohnabhängigen Demokratisierung (gleiche Teilnahme an Kultur und Bildung)
	Natürlichkeit, Geistigkeit	Leistungs- und Konsumorientierung	allseitige Persönlichkeitsentwicklung auf hohem ökonomischen Niveau
	Bewahrung des kulturellen Erbes	teilweise Gesellschaftsveränderung	umfassende Gesellschaftsveränderung
Hauptträger	Mittelstand (Kleinbürger, Landwirte, zum Teil Beamte)	Großbürgertum, gehobene Angestellte	Arbeiterschaft

Quelle: Hans Reithofer, *Die ausgleichende Gesellschaft*, Wien 1978, S. 25.

eine Tendenz zur Aufweichung von Konservatismus durch Liberalismus (in der Frühphase des Wachstums), doch führe die zunehmende Ungleichheit im Wachstum zu einer Stärkung der Oppositionskraft der sozialistischen Gesellschaftspolitik. Diese setze sich in der Spätphase des Wachstums am stärksten durch. »Soziale Ungleichgewichte, Produktions- und Beschäftigungskrisen infolge der Auswirkungen

liberaler Gesellschaftspolitik« führten dann aber »ebenso wie das Verlangen nach allzu rascher und umfassender Gesellschaftsveränderung« zu verbreiteter Unsicherheit, die mit dem »Ruf nach Ordnung und Autorität« einen neuen Konservatismus fördere. Dieser wäre aber wieder dem Angriff des Liberalismus ausgesetzt usw. Für den Konjunkturzyklus vermutet Reithofer »liberale Tendenzen im Aufschwung,

sozialistische Tendenzen in der Spätphase, konservative Tendenzen in Krisen- beziehungsweise Rezessions- und Depressionssituationen« (allerdings mit Überschneidungen) (S. 72 f.). Auch längerfristig konstatiert der Autor eine neue Blüte des Liberalismus am Beginn des Wirtschaftsaufschwunges der fünfziger Jahre, die in der Spätphase (sechziger und beginnende siebziger Jahre) zu einer Verschiebung zugunsten sozialistischer Tendenzen und angesichts einer sich neuerlich abzeichnenden Krisensituation (Umwelt- und Ölkrise, Depression) zu einem »abermöglichen Hervortreten vielfach bereits tot geglaubter konservativer Strömungen« führte.

Dieser »ideologische Zyklus«, bei dem sich Reithofer in Anerkenntnis einer »weitgehend bewußtseinsbestimmenden« ökonomischen Entwicklung (S. 70) ein gewisses marxistisches Erbe bewahrt, ist zwar ein fruchtbarer Gedanke, aber er ist doch außerordentlich vage formuliert. Das dürfte nicht zuletzt daran liegen, daß der Autor, wie erwähnt, die konkrete Problematik der politischen Institutionen vernachlässigt und von den globalen gesellschaftlichen Veränderungen meist unvermittelt auf die abstrakte Sphäre der (partei)programmatischen und ideologischen Ziele überspringt. Daß Laissez-faire-Ideologien im Aufschwung leichter zum Tragen kommen und in Krisenzeiten das Sicherheitsstreben vorherrscht, ist etwa gewiß richtig. Ob aber in der Depression eine notwendig gewordene Ankurbelung und Organisation der Wirtschaft auf eher konservativ-faschistische, sozialistische oder Rooseveltsche Art in Angriff genommen wird, bleibt bei derartigen Globalaussagen offen.

Im einzelnen enthält Reithofers Buch eine Fülle von interessanten, zuweilen aber auch zum Widerspruch reizenden Gedanken. Seiner langfristigen historischen Feststellung, daß »das 19. Jahrhundert durch ein Vordringen liberaler und eine Kombination liberaler und konservativer Gesellschafts-

politik gekennzeichnet war, das 20. Jahrhundert aber offenbar durch ein Vordringen sozialistischer Gesellschaftspolitik und eine Kombination sozialistischer und liberaler Gesellschaftspolitik« (S. 77), wird man sicher zustimmen können. Auch seiner Warnung vor den Gefahren eines radikalen nationalen Konservatismus mit seiner Tendenz zu globalen Auseinandersetzungen wird man sich anschließen. Ob aber gerade dem Konservatismus eine besondere »Nahestellung zur plebiszitären Demokratie« (S. 85) eigen sei, darüber wird man streiten können. Hier dürfte plebiszitäre Demokratie zu einseitig im Sinne des bonapartistischen Bestätigungsreferendums gesehen und direktdemokratische Mechanismen, die derzeit als »zweite Welle der bürgerlichen Revolution« stark im Kommen sind, unterschätzt worden sein. Daß etwa die »konservative Gesellschaftspolitik« mit einer »Tendenz zur Bürokratisierung der Gesellschaft verbunden sei« (S. 86), ist für den preußischen Beamtenstaat sicher gültig. Die Bürokratisierungstendenzen des sozialdemokratischen Wohlfahrts- und Leistungsstaates mit ihren möglichen destabilisierenden Wirkungen (Glystrup-Partei usw.) können aber auch nicht ganz vernachlässigt werden.

Recht wenig Sympathie genießen bei Reithofer die »Neue Linke« und die Umweltbewegung. Wiewohl er insgesamt gewissenhaft und verständnisvoll alle Pro- und Kontraargumente der verschiedenen ideologischen Positionen ausschöpft, was gelegentlich bis zur Verdunkelung der eigenen Werthaltung führen kann (vgl. S. 112 unten), bescheinigt er der Neuen Linken »völlig uneinheitlich« sowie »weitgehend von Gefühlsmomenten getragen« zu sein und »die gemeinsame Basis vor allem im Negativen zu haben« (S. 56). Auch hier folgen positiv qualifizierende Darstellungen, aber der mehrfachen Feststellung, daß der Einfluß neulinker Elemente auf den Problemerkatalog im neuen Programmwurf

der SPÖ im Sinne einer stärkeren Anerkennung des Leistungs- und Effizienzprinzips reduziert wurde (vgl. S. 58, 65), ist schon eine gewisse untergründige Erleichterung anzumerken. Die Umweltpolitik gilt Reithofer »weitgehend als Abwehrideologie des konservativen Mittelstandes« (S. 154). Wiewohl er selbst auf die Gefahren der Umweltzerstörung hinweist (S. 152) und Schutzmaßnahmen befürwortet, zieht er hier doch eine deutliche Trennlinie zur sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik, die manche wohl anders sehen würden. In Wirtschaftsfragen referiert Reithofer ebenfalls gewissenhaft die Grundelemente ideologischer Hauptpositionen, widmet aber verständlicherweise Fragen wie der Mitbestimmung aus der Sicht der Arbeitnehmerseite größeren Raum. Bemerkungen wie jene, daß »durch die Mitbestimmung im Aufsichtsrat eine gewisse Interessenintegration zugunsten des Unternehmens entsteht, die den traditionellen Ideen der konservativen Gesellschaftspolitik entspricht« (S. 118), die Zitierung einer Untersuchung zur jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung, nach der die höherqualifizierten Beschäftigten neununddreißigfach intensiver an den Arbeiterratssitzungen teilnehmen (S. 123) und die Wiedergabe eines bekannten Kreisky-Zitates zu den Selbstständigkeitstendenzen verstaatlichter Unternehmungen (S. 121) bezeugen dabei die überaus differenzierte und klug abwägende Haltung des pragmatisch denkenden Experten. Die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft findet ebenfalls ausgewogene, dabei aber nicht unkritische Würdigung, wobei vielleicht nur die mehrmalige markige Erwähnung des »Extremfalles«, eines »Klassenkampfes am grünen Tisch«, leises Schmunzeln hervorrufen könnte.

In der Verteilungspolitik bringt Reithofer nicht nur eine Würdigung der bekannten grundsätzlichen Standpunkte, sondern setzt sich auch mit brisanten Detailfragen wie der Diskussion um die Frage der Verteilungs-

konstanz trotz Bildungsneivellierung ein. Zum System der negativen Einkommensteuer verweist er unter anderem auf die Mißbrauchsmöglichkeiten seitens der Leistungsempfänger, aber auch seitens der Unternehmer, die Ausgaben für das Bildungswesen werden bei der gegebenen Inanspruchnahme der Bildungseinrichtungen als regressive Umverteilung anerkannt. In der Frage der Vermögensverteilung stellt Reithofer unter anderem kurz und präzise die diversen Pläne überbetrieblicher Fonds dar, die besonders in westeuropäischen Gewerkschaftskreisen diskutiert werden.

Auch zur Kultur-, Familien- und Bildungspolitik weiß der Autor Wesentliches auszusagen. Insbesondere der Abschnitt zur konservativen Bildungspolitik enthält eine sehr prägnante Darstellung der Zusammengehörigkeit von historischer Orientierung, (latentem) Nationalismus und grundsätzlicher Ablehnung praktisch verwertbaren Wissens in der traditionellen Gymnasialkultur und ihrer Rolle beim Aufbau und der Sicherung von gesellschaftlichen Eliten.

Der abschließende dritte Teil von Reithofers Buch ist den Überlegungen zur Zukunft gewidmet. Ausgehend von der Priorität des Friedensinteresses als Sicherung des Bestandes der Gesellschaft überhaupt (S. 262) wendet sich der Autor gegen die Tendenzen totaler Machtausübung (Faschismus, Kommunismus) und gegen die totale Ablehnung der Macht (Anarchismus). Er sieht als wesentliche Dimension eines pluralistischen Fundamentalkonsenses einen hohen Beschäftigungsgrad der Wirtschaft. (Dieser sei im konservativen Sinn: stabilisierend; im liberalen Sinn: wachstums- und freiheitsfördernd; im sozialistischen Sinn: Verwirklichung des gleichen Rechtes auf Arbeit.) Weitere Aspekte dieses Fundamentalkonsenses seien maßvolles Wachstum, gesellschaftsorientierte Leistung, Berücksichtigung sozialer Momente bei der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie allgemeine

Verlagerung zu außerökonomischen Lebensbereichen. Im dynamischen, fortwährend andauernden Spannungsausgleich der Gesellschaft mißt Reithofer der Stärkung kooperativer und demokratischer Strategien, etwa der Mitwirkung betroffener Bevölkerungskreise, eine wichtige Rolle als »Gegengewicht zu den zu erwartenden autoritären, bürokratischen und technokratischen Tendenzen« bei (S. 271). Er beschwört auch das Problem zunehmender innerer Leere und zitiert das Beispiel der wohlhabenden bürgerlichen Schichten vor dem Ersten Weltkrieg, die aus derartigen Gründen den Krieg geradezu begrüßten und so zur (teilweisen) eigenen Vernichtung beitrugen. Die zunehmende Vereinsamung des Individuums sollte durch eine durchgreifende Gesellschafts- und Kulturreform mit dem Ziel einer »gruppenorientierten Gesellschaft« (S. 279) durchbrochen werden. Auch auf weltpolitischer Ebene plädiert schließlich Reithofer für ein Zurücktreten nationalkonservativer Konfrontationsstrategien zugunsten internationaler Demokratisierung und Kooperation der Supermächte. Im gesamten letzten Abschnitt beginnt freilich zuweilen die Allgemeinheit der Aussagen in eine gefährliche Verdünnung und Trivialisierung der Substanz überzugehen.

Die Integration derartig vielfältiger Aspekte gesellschaftspolitischer Alternativen in einem Werk hat Hans Reithofer zweifellos in beachtenswerter

Weise bewältigt. Daß dabei nicht alle Probleme in ihrer Tiefe ausgelotet werden konnten, ist sicherlich vor allem eine Frage des Umfanges des Buches, aber auch gewisser Selbstbeschränkungen des Autors. Über weite Strecken ist es durchaus so, daß jeder Satz eine wohl abgewogene Aussage zum Thema macht. Dabei sind Reithofers Sparsamkeit und Nüchternheit des Ausdrucks hervorzuheben, der bewußte Verzicht auf jegliches »Fachchinesisch«, der das Werk auch in der Erwachsenenbildung gut verwendbar machen dürfte.

Von der Werthaltung des Autors her erscheint die »ausgleichende Gesellschaft« als typischer Ausdruck jener skeptischen, weltweisen und toleranten sozialdemokratischen Gesinnung, die — mehr von Popper als von Marx beeinflusst — in den Institutionen des Sozialpartnerschaftsstaates ein »juste milieu« bei der Bewältigung des gesellschaftlichen Konfliktpotentials zu verwirklichen sucht. Der aufgeklärte Humanismus dieser Beamtenschicht, dem der Rezensent selbst die größten Sympathien entgegenbringt, prädestiniert vielleicht nicht dazu, die durchdringendsten und kritischsten Analysen über unser Gesellschaftssystem zu produzieren. Er vermittelt aber in seiner auf Einseitigkeiten verzichtenden Optik und handfesten Vernünftigkeit ein Bewußtsein von der Kompliziertheit der sozialen Strukturen, das jenem der brillanten »Entlarver« in der Regel überlegen ist.